

tion bei der Verteilung von Karriere-chancen in der gegenwärtigen Übergangsordnung. -hei-

11 Singapur-Suzhou-Industriepark gescheitert - Unvereinbare Management-Kulturen

Der von den Regierungen Chinas und Singapurs 1994 aus der Taufe gehobene Suzhou-Industriepark (Suzhou gongyeyuanqu) unmittelbar vor den Stadtgrenzen Shanghais, der auf einer Fläche von 70 qkm zu einem „Kleinen Singapur“ mit 600.000 Einwohnern aufgebaut werden sollte, ist an unüberbrückbaren Differenzen im Hinblick auf Umsetzungsmethoden, Projektziele und Leitungsstrukturen gescheitert.

Seit Dezember 1997 hatte Lee Kuan Yew, der ehemalige Ministerpräsident und heutige „Senior Minister“ Singapurs, auf die Gefahr eines Scheiterns des Suzhou-Projekts hingewiesen. Lee kritisierte insbesondere die Errichtung eines konkurrierenden Industrieparks im Stadtgebiet Suzhous, der einen beträchtlichen Teil an Investitionsmitteln sowie politisch-administrativer Energie von dem Singapur-Suzhou-Projekt abziehe. Jiang Zemin persönlich versicherte damals, daß die Zentralregierung das Projekt weiterhin unterstütze, da es sich um das „Kernstück der Beziehungen“ zwischen der VR China und Singapur handele (siehe C.a., 1997/12, S. 1188-1189).

Von Ende Juni 1999 an wird nun die singapurische Seite ihre Kontrollmehrheit an dem Projekt (bisher 65%) abgeben und ihren Anteil bis Januar 2001 schrittweise auf 35% reduzieren. Nur 8 qkm der Industriezone sind überhaupt erschlossen und genutzt worden. In einer ausführlichen Analyse des Suzhou-Projekts kam die *South China Morning Post* (30.6.1999) zu dem Schluß, daß Übereinkünfte über wirtschaftliche Zusammenarbeit, die nur zwischen den Zentralregierungen ohne die feste Unterstützung regionaler Verwaltungen geschlossen werden (das Suzhou-Projekt war an der Provinzregierung Jiangsus vorbei initiiert worden), sich in der praktischen Durchführung von Kooperationsprojekten als nicht tragfähig erweisen.

„Ethnische Chinesen“ wie die Kooperationspartner aus Singapur genie-

ßen offensichtlich im Wirtschaftsumfeld der VR China keine selbstverständlichen Vorteile. Der Bürgermeister Suzhous, Chen Deming (der Ende 1997 aus dem Provinzparteikomitee Jiangus, das dem Projekt von Anfang an skeptisch gegenüberstand, nach Suzhou entsandt worden war), machte deutlich, daß es „kulturelle Differenzen“ und ein „unterschiedliches Verständnis“ in der Projektumsetzung gegeben habe. Ein ausländischer Investor sprach gar von einem „clash of two business cultures“: einerseits singapurische Transparenz, Effizienz, Prinzipienfestigkeit bis zur Starrheit - andererseits chinesische Intransparenz, Improvisation und Flexibilität bis hin zur Korruption.

Jedenfalls bietet das gescheiterte Suzhou-Projekt eine weitere markante Fallstudie dafür, daß gemeinsame ethnisch-kulturelle Wurzeln und „asiatische Werte“ keine Gewähr für den Erfolg unternehmerischen Engagements in der VR China bieten. -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

12 Dritte nationale Bildungskonferenz

Vom 15. bis 18. Juni 1999 fand in Beijing die dritte nationale Bildungskonferenz seit Beginn der Reform- und Öffnungsperiode statt. Sie war wie ihre beiden Vorläuferinnen der Jahre 1985 und 1994 vom ZK der KPCh und vom Staatsrat einberufen worden. Auf der ersten Konferenz im Mai 1985 war die Anfang der achtziger Jahre eingeleitete Bildungsreform durch den „ZK-Beschluß über die Reform des Bildungswesens“ verfestigt worden (vgl. C.a., 1985/5, Ü 16 u. 17). Die zweite Konferenz im Juni 1994 sollte die Partei und die ganze Gesellschaft für die Umsetzung des „Programms zur Reform und Entwicklung des chinesischen Bildungswesens“ vom Frühjahr 1993 mobilisieren, insbesondere für die Einführung der allgemeinen Schulpflicht und die Abschaffung des Analphabetentums (vgl. C.a., 1994/6, Ü 13). Ziel der dritten Konferenz war es, die Bildungsreform voranzutrei-

ben, um das chinesische Bildungswesen auf die Anforderungen des 21. Jahrhunderts vorzubereiten.

Auf dieser jüngsten Konferenz stand wiederum ein Dokument im Mittelpunkt, und zwar der „Beschluß des ZK und des Staatsrates über die Vertiefung der Bildungsreform und die umfassende Förderung qualitativer Bildung“, der am 13. Juni 1999, also zwei Tage vor Beginn der Bildungskonferenz, verabschiedet worden war und am 17. Juni veröffentlicht wurde (RMRB, GMRB, 17.6.99). Es ging hauptsächlich darum, wie dieser jüngste Beschluß zu verwirklichen ist.

Die wichtigsten auf der Konferenz erörterten Themen wurden von Partei- und Staatschef Jiang Zemin und Ministerpräsident Zhu Rongji umrissen. Ersterer sprach am Eröffnungstag, letzterer auf der Schlußveranstaltung (vgl. RMRB, GMRB, 16. u. 21. 6.99). Beide wiesen auf die prioritäre Bedeutung des Erziehungswesens hin; das Schicksal des Staates hänge vom Bildungswesen ab. Es gelte, die Strategie zu verwirklichen, daß „Wissenschaft und Bildung dem Land den Aufschwung bringen“; die Betonung habe auf Qualitätsbildung zu liegen, und es sei wichtig, die Qualität des gesamten Volkes anzuheben sowie hochqualifizierte, kreative Fachleute heranzubilden, die im weltweiten wissenschaftlich-technischen Wettbewerb mithalten könnten. Alle Pädagogen, alle Kader und das gesamte Volk hätten das Erziehungswesen zu unterstützen. Zwar seien seit Beginn der Reformperiode vor zwanzig Jahren große Fortschritte erzielt worden, aber man müsse auch sehen, daß die Qualität der Arbeitskräfte und die Innovationsfähigkeit von Wissenschaft und Technik immer noch ziemlich niedrig seien, und dies behindere die wirtschaftliche Entwicklung Chinas und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Neben der Qualitätsbildung wurden als konkrete Probleme der Ausbau des Schulwesens, die Notwendigkeit verstärkter Investitionen, namentlich die Unterstützung des Schulwesens in Armutsgeländen, sowie die Lehrerbildung angesprochen. Beim Ausbau des Schulwesens standen die landesweite Einführung der neunjährigen Schulpflicht und vor allem der Ausbau der beruflichen Bildung im Vordergrund.

Der Hochschulsektor soll stärker ausgebaut und die Zahl der Hochschulstudenten erhöht werden. Betont wurde ausdrücklich die Erweiterung des nichtstaatlichen Schulsektors, vor allem auf der Sekundarstufe II und im tertiären Bildungssektor. Nichtstaatliche Schulen stellen eine unerläßliche Ergänzung zu den öffentlichen Schulen dar. Mit dem Ziel, für möglichst breite Schichten junger Menschen das Bildungsangebot im Anschluß an die Pflichtschuljahre zu erhöhen, verbindet sich der Gedanke, durch weiterführende Bildung den Arbeitsmarkt zu entlasten. Dies soll auch für die ländlichen Gebiete Geltung haben. Das Ziel soll die weitgehende Verwirklichung der Idee vom lebenslangen Lernen sein, so z.B. durch Fortbildung und Erwachsenenbildung. Elfenbeinturm-Erziehung sei nicht mehr zeitgemäß, sagte Jiang Zemin, denn heutzutage sei Bildung immer enger mit der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik sowie der Gesellschaft verknüpft.

Sowohl Jiang Zemin als auch Zhu Rongji hoben die Bedeutung ideologisch-politischer Bildung hervor. Bei Schülern und Studenten ebenso wie im ganzen Volk sei die Erziehung zu Patriotismus, Kollektivismus und in sozialistischer Ideologie zu verstärken. Die ideologisch-politische Qualität sei die wichtigste Qualität überhaupt, meinte Jiang. Obwohl die Partei politisch-moralische Bildung immer für wichtig hielt, scheint sich in jüngster Zeit das Gewicht wieder stärker auf diese verlagert zu haben. So ist es kein Zufall, daß unmittelbar im Anschluß an die nationale Bildungskonferenz eine zweitägige Konferenz über die Partearbeit an den Hochschulen stattfand (vgl. RMRB, GMRB, 20.6.99).

Während zwischen der ersten und zweiten nationalen Bildungskonferenz noch neun Jahre lagen, sind seit der zweiten Konferenz nur fünf Jahre vergangen. Dies zeigt, daß die politische Führung dem Bildungswesen im Rahmen der Entwicklung des Landes zunehmendes Gewicht beimißt. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert ist China daran gelegen, die Weichen für den Aufbau eines allgemeinen und qualitativen Bildungswesens zu stellen, ohne das China nicht die erstrebte Stellung in der Welt erlangen könnte. -st-

13 Beschluß über die Vertiefung der Bildungsreform und die umfassende Förderung qualitativer Bildung

Zwei Tage vor Beginn der dritten nationalen Bildungskonferenz wurde am 13. Juni 1999 ein „Beschluß des ZK und des Staates über die Vertiefung der Bildungsreform und die umfassende Förderung qualitativer Bildung“ verabschiedet. Der Wortlaut erschien am 17. Juni in RMRB und GMRB. Das Dokument setzt die Leitlinien für die Bildungsreform zu Beginn des 21. Jahrhunderts und löst das „Programm zur Reform und Entwicklung des Bildungswesens“ von 1993, das bislang als Orientierung für die Entwicklung des Bildungswesens diente, ab. Wie dieses hat auch der neue Beschluß autoritativen, d.h. gesetzesgleichen Charakter. Erst unlängst hatte die Regierung einen „Aktionsplan für den Aufschwung des Bildungswesens im 21. Jahrhundert“ erlassen (vgl. dazu C.a., 1999/2, Ü 15 u. 1999/3, Ü 14). Während dieser Plan konkretere Anweisungen gibt, geht es in dem neuen Beschluß um die Festlegung der aufgrund des gegenwärtigen Entwicklungsstandes im Bildungswesen modifizierten bildungspolitischen Richtung. So sind gegenüber dem älteren Programm neue Akzente gesetzt insofern, als aus Sicht des Staates die in den letzten Jahren gemachten Fortschritte in bezug auf die beiden grundlegenden Bildungsziele - Einführung der neunjährigen Schulpflicht und Abschaffung des Analphabetentums unter jüngeren Leuten - eine Schwerpunktverschiebung hin zu Qualitätsbildung erlauben.

Der Beschluß umfaßt 26 Punkte, die in vier Kapitel gegliedert sind.

Das *erste Kapitel* (Punkt 1-7) ist überschrieben „Umfassend qualitative Bildung fördern und neue sozialistische Menschen ausbilden, die den Anforderungen der Modernisierung im 21. Jh. gewachsen sind“. Als oberstes Bildungsziel wird qualitative Bildung genannt, wobei der Schwerpunkt auf der Heranbildung innovativen Geistes und praktischer Fähigkeiten liegt. Qualitätsbildung soll alle Stufen von der Vorschulerziehung über Grund- und Mittelschul-, Berufs- und Erwachsenenbildung bis hin zur Hochschulbildung umfassen; sie soll sich sowohl auf

Schulbildung als auch auf Erziehung durch Familie und Gesellschaft beziehen. Die traditionellen Bildungsziele, nämlich eine umfassende Bildung hinsichtlich Moral, Wissen und Sport, zu denen in den letzten Jahren noch Ästhetik hinzugekommen ist, bleiben erhalten.

Wie die Überschrift anzeigt, spielt ideologisch-moralische Bildung eine große Rolle. Auf der dritten nationalen Bildungskonferenz betonte Jiang Zemin, daß die ideologisch-politische Qualität in der Erziehung die wichtigste Qualität sei. Entsprechend wird sie in dem Dokument ausführlich behandelt (P. 3). Die moralische Bildung soll sich von Marxismus-Leninismus, Mao-Zedong-Ideen und Deng Xiaopings Theorien leiten lassen; selbst der dialektische und historische Materialismus werden in diesem Zusammenhang erwähnt, was im Bildungswesen schon lange nicht mehr der Fall war. Die altbekannten Werte Patriotismus, Kollektivismus und Sozialismus sollen vermittelt werden, ferner die „großartige kulturelle Tradition der chinesischen Nation und die revolutionäre Tradition“, die neuere und neueste Geschichte Chinas sowie die „Grundbedingungen des Landes“. Die meisten dieser Punkte sind geeignet, Patriotismus und Nationalismus zu schüren. So werden z.B. die „Grundbedingungen des Landes“ immer ins Feld geführt, wenn es darum geht, sich aufgrund der in Anspruch genommenen Sonderrolle universalen Werten zu entziehen. „Feudalistischer Aberglaube“ und alle Aktivitäten, die der körperlichen und psychischen Gesundheit schaden (gedacht ist an religiöse Sekten nach dem Muster der Falungong), sind auf allen Schulstufen streng verboten.

Im Gegensatz zu den konservativen moralischen Werten werden in bezug auf die Wissensvermittlung (P. 4) und den Sportunterricht (P. 5) neue Qualitäten verlangt. So sollen Schüler und Studenten im Unterricht zu selbständigem Denken, eigener Urteilsfähigkeit und innovativem Bewußtsein angeregt werden, sie sollen die Fähigkeit erlangen, Probleme zu analysieren und zu lösen, und der Unterricht soll in Form von Diskussionen erfolgen (im Gegensatz zum herkömmlichen Frontalunterricht). In der Hochschulbildung sollen Innova-

tionsfähigkeit, praktische Fähigkeiten und Unternehmergeist gefördert werden. Bei sportlichen Aktivitäten sollen das Bewußtsein für Wettbewerb und Teamgeist gefördert werden. Schließlich wird als Teil qualitativer Bildung auch die Unterweisung in praktischen Fähigkeiten propagiert (P. 7).

Im *zweiten Kapitel* (P. 8-16) geht es um die „Vertiefung der Bildungsreform und die Schaffung der Bedingungen für qualitative Bildung“. Die beiden grundlegenden Aufgaben - Einführung der neunjährigen Schulpflicht und Abschaffung des Analphabetentums - stehen nach wie vor auf dem Programm. Beide Ziele sollten eigentlich bis zum Jahr 2000 erreicht sein. Sie sollen in den Gebieten, in denen sie bisher nicht realisiert wurden, namentlich in den Armut- und Minderheitegebieten, verstärkt verfolgt werden. In den übrigen Gebieten soll auch nach dem Jahr 2000 weiter an diesen Aufgaben gearbeitet werden, und zwar in Form von Konsolidierungsarbeit. In den ländlichen Gebieten soll vor allem das Problem der hohen Schulabbrecherate auf der Sekundarstufe I gelöst werden. (P. 8)

Die Bildungsangebote im Anschluß an die Pflichtschule sollen erweitert werden, also hauptsächlich auf der Sekundarstufe II, die in den Städten schrittweise allgemein eingeführt werden soll, und auf dem Hochschulsektor, damit Absolventen der Sekundarstufe I bzw. II vielfältige Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten haben. Bis zum Jahr 2010 soll die Hochschulzugangsrate von gegenwärtig 9% auf 15% erhöht werden, ein Ziel, das erstmalig im Aktionsplan genannt wurde. Tertiäre Berufsbildung soll ein wichtiger Teil der Hochschulbildung werden; Berufshochschulen sollen, ggf. in Zusammenarbeit mit Fachhochschulen und Hochschulen sowie Betrieben, in Berufsakademien umgewandelt werden. (P. 9)

Ein ganz wichtiger Aspekt, der bisher in der Bildungsreform noch kaum Beachtung fand, betrifft die größere Durchlässigkeit des Bildungssystems (P. 10). So können die Berufsakademien Absolventen allgemeinbildender Mittelschuloberstufen wie auch solche beruflicher Mittelschulen aufnehmen, und Absolventen von Berufsakademien können zur Weiterbildung eine Zulassung zum Grundstudium an

einer Universität erhalten. Weiterbildung mit dem Ziel des lebenslangen Lernens wird auf allen Ebenen gefördert.

Punkt 11 regelt die Zuständigkeiten. Dabei ist der Trend zur Dezentralisierung unverkennbar. Im Hochschulbereich sollen die Provinzen mehr Kompetenzen erhalten, so daß alle bislang der Zentrale unterstehenden Hochschulen in spätestens drei Jahren gemeinsam von der Zentrale und der jeweiligen Provinz verwaltet werden. Die tertiäre Berufsbildung fällt ganz in die Zuständigkeit der Provinzregierungen, einschließlich Zulassungen und Prüfungen. Für die Grundbildung bleiben die örtlichen Regierungen zuständig. Die Kreisregierungen sind für die Bildungsfinanzierung verantwortlich, verwalten die Lehrerschaft und setzen die Schulleiter ein. Die Selbstverwaltungsrechte der Hochschulen werden erweitert, so u.a. in bezug auf die Aufnahme von Studenten und die Einrichtung von Fächern.

Die folgenden Punkte weisen die Richtung für Bildungsreformen, die bereits seit Jahren eingeleitet bzw. praktiziert werden, die nun noch einmal bekräftigt und zu Ende geführt werden sollen. So wird die Politik, nichtstaatliche Schulen einzurichten, bestätigt (P. 12); hier ist auf die Bestimmungen für nichtstaatliche Schulen zu verweisen, die im August 1997 erlassen wurden (vgl. C.a., 97/8, Ü 10). Das gesamte Prüfungssystem soll reformiert werden mit dem Ziel, den bisherigen Zustand abzuschaffen, wonach eine Prüfung über das Leben entscheidet. Wo die neunjährige Schulpflicht eingeführt ist, entfallen Aufnahmeprüfungen zur Grundschule und Mittelschulunterstufe. Grund- und Mittelschulen sollen selbständig Abschlußprüfungen durchführen. Die Zulassung zur Mittelschuloberstufe soll auf unterschiedliche Weise erfolgen. Bei der Zulassung zu den Hochschulen können diese sich ihre Studenten zunehmend selbst aussuchen (P. 13). Auch in bezug auf die Lehrpläne und Schulbücher wird größere Flexibilität eingeführt (P. 14), indem mehr Rücksicht auf die örtlichen Bedingungen genommen wird und die örtlichen Regierungen mehr Mitspracherecht haben. Die Hilfsmittel im Unterricht sollen modernisiert werden (Computer, Online-Unterricht

usw., P. 15), und die Zusammenarbeit von Schulen, Wirtschaft und Wissenschaft soll weiter gestärkt werden (P. 16).

Das *dritte Kapitel* (P. 17-21) ist den Lehrern und der Anhebung ihrer Qualität gewidmet. Lehrer müssen politisch unbedenklich sein, d.h. die Partei und das „sozialistische Vaterland“ lieben. Außerdem müssen sie ihre fachlichen Kenntnisse ständig erweitern und lebenslanges Lernen praktizieren. Die erforderlichen Qualifikationen für Lehrer aller Schulstufen werden entsprechend den 1995 erlassenen diesbezüglichen Bestimmungen wiederholt (vgl. C.a., 1995/12, Ü 12). Bis zum Jahr 2010 sollen, soweit möglich, die Grund- und Mittelschullehrer ein Fach- oder ein Grundstudium absolviert haben, Mittelschullehrer der Sekundarstufe II - zumindest in den entwickelten Gebieten - den Magister und Hochschullehrer den Doktorgrad erworben haben. Im Rahmen der Bemühungen um die Verbesserung des Schulwesens auf dem Lande und speziell in den unterentwickelten Gebieten soll hier ein qualifiziertes Lehrerkontingent aufgebaut werden. Zu diesem Zweck sollen Lehrer aus den Städten mindestens ein Jahr auf dem Lande oder an schwachen Schulen zur Unterstützung Dienst tun.

Das *vierte Kapitel* handelt von den Pflichten und Verantwortlichkeiten des Staates. Die Führung durch Partei und Regierung muß gewährleistet sein. Die Parteiorgane und Regierungen aller Verwaltungsebenen sind verpflichtet, dem Bildungswesen eine prioritäre strategische Position zuzuweisen und tragen die Verantwortung für die Förderung qualitativer Bildung (P. 22). Sie haben darauf zu achten, daß die einschlägigen Gesetze eingehalten werden. Aufgabe des Staates ist die Vervollständigung der Bildungsgesetzgebung. Die Schulaufsicht der Bildungsbehörden ist zu verbessern (P. 23). Von besonderer Wichtigkeit ist Punkt 24, weil er die Regierungen aller Ebenen zur Bereitstellung der finanziellen Mittel verpflichtet. So ist jetzt klar festgelegt, daß der Staat schrittweise das Ziel erreichen muß, die Bildungsausgaben auf 4 Prozent des BSP zu steigern. Ursprünglich sollte dieses Ziel bis zum Jahr 2000 erreicht werden; doch schon 1995 hatte es der Staat vermieden, im damals verab-

schiedeten Bildungsgesetz diese Zielmarke aufzuführen, was seinerzeit kritisiert wurde (vgl. C.a., 1995/3, Ü 8). Inzwischen hat sich der Anteil der staatlichen Bildungsausgaben tendenziell immer mehr verringert (vgl. C.a., 1998/10, Ü 10), und deshalb wird in dem jetzigen Beschluß auch keine Frist genannt, bis zu der das Ziel erreicht werden soll. Es wird lediglich verfügt, daß der Anteil der Bildungsausgaben an den Ausgaben der Zentralregierung bis zum Jahr 2002 pro Jahr um einen Prozentpunkt steigen muß. Die lokalen Regierungen sind gehalten, die Ergänzungsabgabe für das Bildungswesen entsprechend dem Gesetz zu erheben und zu verwalten. Diese Ergänzungsabgabe für das ländliche Schulwesen wird auf Gemeindeebene erhoben, von den Kreisen verwaltet und auf Gemeindeebene verwendet. Als Ergänzung zu den öffentlichen Bildungsausgaben wird dazu ermuntert, verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten, insbesondere für Bildungsinstitutionen außerhalb der Pflichtschule, zuzulassen. In Punkt 25 wird auf das Erfordernis hingewiesen, nur Leute mit beruflicher Qualifikation und entsprechenden Zeugnissen und Diplomen einzustellen, und im letzten Punkt wird dazu aufgerufen, den „Aktionsplan für den Aufschwung des Bildungswesens im 21. Jh.“ durchzuführen und die Strategie, daß „Wissenschaft und Bildung dem Land den Aufschwung bringen“, zu verwirklichen. -st-

14 Erste Online-Universität

Mit der Fernhochschule für Post und Telekommunikation an der Beijing-Universität wurde jetzt die erste Online-Hochschule Chinas gegründet. Sie wird gemeinsam von der Beida und der China Telecom betrieben. Im ersten Jahrgang werden 1.000 Studenten aus Beijing und Tianjin sowie aus den Provinzen Guangdong, Liaoning und Fujian aufgenommen. Sie werden die Vorlesungen über Internet und das ATM-Telekommunikationsnetz an 31 verschiedenen Orten Chinas hören. Das Online-Studium dauert vier Jahre (wie das normale Studium) und endet mit einem offiziellen Abschluß oder akademischen Grad. Zur Zeit befindet sich die Online-Hochschule noch in der Versuchsphase. China Telecom

hat in diese erste Phase der Hochschulgründung 50 Mio. Yuan investiert. Die Beida hofft, ihre Investitionen über Studiengebühren zurückzubekommen. Doch die Genehmigung der Regierung über die Höhe der Studiengebühren steht noch aus. Die Studenten des ersten Jahrgangs sind Angestellte der Post- und Telekommunikationbüros verschiedener Verwaltungsebenen. Die Hochschule hat vor, Studenten aus allen Branchen aufzunehmen, doch hat sie dafür ebenfalls noch keine Genehmigung. Neben dieser Hochschule haben auch die Qinghua-Universität und die Hunan- und Zhejiang-Universität die Erlaubnis erhalten, Online-Studien auf Versuchsbasis anzubieten. Die Hunan- und Zhejiang-Universität können jedoch nur Studenten aus ihrer eigenen Provinz aufnehmen.

Von offizieller Seite wird das Online-Fernstudium als eine große Chance für die Ausweitung des Bildungswesens gewertet. Die begrenzten Ressourcen, so heißt es, setzten einer Ausweitung des Hochschulsektors enge Grenzen, die durch das Online-Studium überwunden werden könnten. Insbesondere in der Erwachsenenbildung sowie in der beruflichen Fort- und Weiterbildung wird ein großes Potential gesehen. In China gebe es 696 Mio. Berufstätige, so lautet die Rechnung. Wenn nur ein Viertel von ihnen jedes Jahr eine Weiterbildung erhalte, umfaße der potentielle Markt 174 Mio. Menschen. Dies seien enorme Aussichten für Online-Bildung. (Vgl. dazu XNA, 23.6.99)

In einem Land wie China, wo die schulische Infrastruktur in weiten Gebieten unterentwickelt ist, bietet Online-Erziehung die Möglichkeit, unabhängig von geographischen Entfernungen und zu relativ niedrigen Kosten breite Kreise der Bevölkerung durch Bildungs- und Ausbildungsangebote zu qualifizieren. Wenn die Chancen, die Online-Bildungsprogramme bieten, effizient genutzt und nicht durch bürokratische Hürden eingeengt werden, öffnen sich hier völlig neue Wege zur Anhebung des Bildungsniveaus der Bevölkerung. In dem jüngsten Beschluß des ZK und Staatsrates über die Vertiefung der Bildungsreform und die Verwirklichung qualitativer Bildung wird daher voll auf die neue Lehrmethode gesetzt. -st-

15 Beijinger Polizei verhindert Versammlung von Falungong-Anhängern

Nachdem sich am 25. April 1999 rund 10.000 Anhänger der Falungong-Sekte vor dem Beijinger Regierungsviertel zu einem Sit-in versammelt und damit die Behörden herausgefordert hatten, ist die Polizei im ganzen Land auf der Hut und beobachtet alle verdächtigen Aktivitäten von Sektenanhängern. Anfang Juni sollte es in Beijing erneut zu einer friedlichen Protestkundgebung von Falungong-Anhängern kommen. Weitaus mehr als bei dem ersten Sit-in, nämlich bis zu 70.000 Falungong-Anhänger, sollen von außerhalb, zumeist aus Liaoning und Jilin, am 3. und 4. Juni in der Hauptstadt angereist sein. Geplant waren eine Versammlung am 5. Juni um das Regierungsviertel Zhongnanhai herum und die Übergabe einer Petition. In der Petition verlangte die Falungong Klarheit darüber, ob Gerüchte stimmten, daß der Führer der Sekte, Li Hongzhi, von den USA ausgeliefert und in China vor Gericht gestellt werden solle. Doch zu der erneuten Aktion kam es nicht, weil die Polizei die Versammlung im Vorfeld verhindern konnte, indem sie verdächtige Gruppen in den Straßen nahe dem Regierungsviertel aufgriff und Razzien in Hotels der Hauptstadt durchführte. Die aufgegriffenen Personen wurden zunächst in ein Stadion und von dort zum Bahnhof transportiert und nach Hause geschickt. (*Sing Tao Jih Pao*, Hongkong, 6. u. 7.6.99, nach FBIS-CHI, 7.6.99 bzw. SWB, 8.6.99)

Obwohl die Partei die Falungong am 27. April als „illegale Organisation“ eingestuft hat und die Sektenanhänger seitdem strenger observiert werden, scheint dies dem Zulauf und Zusammenhalt der Sekte keinen Abbruch zu tun. Sonst wäre es nicht möglich gewesen, erneut so viele Anhänger zu mobilisieren. Die chinesische Regierung ist einerseits bemüht, öffentliche Zusammenstöße zu vermeiden und kritische Situationen zu entschärfen. Andererseits fühlt sie sich in ihrem Machtmonopol durch religiöse Sekten herausgefordert, die seit den achtziger Jahren Zigmillionen Anhänger in ihren Bann ziehen. Allein die Falungong soll in China 60-70 Mil-

lionen Anhänger zählen, doch ist sie nicht die einzige Sekte dieser Art. Zur Zeit soll es in China über 300 ähnlicher Kultgemeinschaften geben, außerdem 2.573 nicht registrierte Organisationen in den Städten (darunter verschiedene Arten von Qigong-Organisationen sowie religiöse, wissenschaftliche und kulturelle Organisationen) und über 76.700 religiöse Organisationen aller Art auf dem Lande. Diese Zahlen nannte die Hongkonger Zeitschrift *Dongxiang* in ihrer Mai-Ausgabe (S.20; vgl. auch *Tokyo Sentaku*, Juni 1999, nach FBIS-CHI, 14.6.1999). Als Gründe für den Zulauf, den religiöse Sekten finden, werden das mangelnde Vertrauen in die Partei, die geistige Leere, die durch die Aufweichung der sozialistischen Ideologie entstanden ist, und Endzeitstimmung vor der Jahrtausendwende, aber auch die große Zahl der Desillusionierten, für die die Reform- und Öffnungspolitik nicht den erhofften Wohlstand gebracht hat, genannt (*Tokyo Sentaku*, ebd.). Derartige Kultgemeinschaften sind von jeher Sammelbecken oppositionellen Gedankenguts und erscheinen daher den Regierungen jedweder Couleur als gefährliches Konfliktpotential. So soll Li Ruihuan, der Vorsitzende der Politischen Konsultativkonferenz, im Dezember 1998 geäußert haben, daß die meisten Parteiorganisationen und Verwaltungsämter auf dem Lande gelähmt seien und einige von ihnen sogar durch Kultgemeinschaften oder Klans kontrolliert würden und damit zu Widerstandskräften gegen die Regierung geworden seien (ebd.).

In dieser Situation reagiert der Staat mit einem neuen Vorstoß zur Bekämpfung des sog. „Aberglaubens“. So brachte die *Volkszeitung* in ihrer Ausgabe vom 21. Juni 1999 einen Kommentar, in dem insbesondere Parteimitglieder aufgerufen werden, eine wissenschaftliche Weltsicht zu propagieren und den Aberglauben abzuschütteln. Dieser habe in den vergangenen Jahren in einigen Landesteilen stark an Boden gewonnen, heißt es. Viele Parteimitglieder und Kader glaubten an Astrologie u.a. unwissenschaftliche Praktiken und verehrten Buddha; überall sei zu beobachten, daß Aberglaube über Wissenschaft, Idealismus über Materialismus und Theismus über Atheismus siege,

was nicht nur der Zeitströmung zuwiderlaufe, sondern auch der historischen Verantwortung der KP-Mitglieder. Es gelte, höchste Wachsamkeit gegenüber dem Aberglauben zu üben, der das Denken verwirre und den Zusammenhalt des Volkes zerstöre.

Wenige Tage später brachte dieselbe Zeitung einen längeren Beitrag des bekannten Philosophen und Religionswissenschaftlers Ren Jiyu unter der Überschrift „Wir müssen nicht nur Armut, sondern auch Unwissenheit abschütteln - Über die Notwendigkeit und Bedeutung, den wissenschaftlichen Atheismus zu propagieren“ (RMRB, 24.6.99, S.9). In dem Artikel greift der Verfasser neue Formen des Aberglaubens an und fordert eine verstärkte Erziehung zum Marxismus und Atheismus. Aus diesen Reaktionen wird deutlich, daß die Partei der neuen Hinwendung vieler Menschen, darunter nicht weniger Parteimitglieder, zur Religion allgemein (nicht nur zu Sekten) mit Unverständnis und teilweise sogar Hilflosigkeit gegenübersteht. Mit Propagierung des Atheismus und nicht selten auch der Anwendung repressiver Maßnahmen dürfte dem Phänomen nicht beizukommen sein. -st-

16 Erste Samenbank von Akademikern

In Chengdu, der Hauptstadt der Provinz Sichuan, wurde jetzt eine Samenbank eingerichtet, die nur Samen von Spendern akzeptiert, die einen akademischen Grad vom „Associate Professor“ an aufwärts haben. Sie wurde von der Agentur für technische Anleitung bei der Geburtenregelung in Chengdu initiiert. Die Samenbank, so verlautete, habe bereits eine Menge von Anmeldungen für Samenspenden erhalten, hauptsächlich von Intellektuellen. Die Spender müssen unter 60 Jahre alt und gesund sein, und es dürfen keine Erbkrankheiten in ihren Familien vorkommen. Zur Vermeidung von Inzucht darf ein Spender nur maximal fünfmal Samen spenden, und der Samen eines Spenders wird für Frauen verwendet, die in verschiedenen Regionen leben. Diese Samenbank zahlt den Spendern mehr als übliche Samenbanken. Samenbanken gibt es in China noch nicht lange. Wie es heißt, haben

Krankenhäuser große Schwierigkeiten, Spendersamen für unfruchtbare Ehepaare zu bekommen. (XNA, 25.6.99)

Hinter dem Gedanken, eine Samenbank mit Samen von Akademikern zu gründen, ist die Absicht zu vermuten, durch vermeintlich hochwertiges Erbgut die Intelligenz des Nachwuchses zu beeinflussen. Wenn es in der Eugenik Chinas auch hauptsächlich darum geht, Mißgeburten zu verhindern, so scheint der Wunsch, die „Qualität“ Neugeborener zu verbessern, auch eine Rolle zu spielen. Derartige Gedanken werden nicht nur in China verfolgt. In Singapur hat es ein Programm gegeben, das speziell Akademiker aufrief, sich fortzupflanzen, mit dem Ziel, eine intelligente Bevölkerung heranzuziehen. In Chengdu selbst hat die neugegründete Samenbank von Expertenseite Kritik hervorgerufen. Der führende Genetiker der Medizinischen Universität Westchina, Prof. Zhang Sizhong, gab zu bedenken, daß Samen von hochgebildeten Menschen nicht besser seien als die anderer Menschen. Und Prof. Yu Pingzhe, der Philosophie an der Sichuan-Universität lehrt, lehnt eine spezielle Samenbank mit Samen von Akademikern ab mit dem Einwand, daß sowohl dumme als auch kluge Menschen Lebensrecht haben (ebd.). -st-

Außenwirtschaft

17 Umstrittener Weltbankkredit für China

Unterschiedliche Bewertungen über die möglichen sozialen Wirkungen eines Armutsprogramms haben einen Weltbankkredit an China zu einem umstrittenen politischen Thema gemacht. Trotz des Widerstands der USA sowie Deutschlands und der Enthaltungen weiterer vier Mitglieder des Weltbankdirektoriums von insgesamt 24 Personen, wurde der Kredit Ende Juni d.J. bewilligt. (FT, 25.6.99) Allerdings wurde beschlossen, die Auszahlung des Kredits von dem Bericht einer unabhängigen Untersuchungskommission über die sozialen Auswirkungen des geplanten Projektes abhängig zu machen.